

Neue Zweifel: Auch Historiker Zala glaubt nicht an Geheimdeal mit der PLO

sda Zuletzt aktualisiert am 12.2.2016 um 07:11 Uhr

Der Historiker Sacha Zala, der die Forschungsgruppe der Diplomatischen Dokumente der Schweiz leitet, bezweifelt, dass die Schweiz 1970, nach dem Bombenanschlag mit folgendem Flugzeugabsturz in Würenlingen, mit der PLO ein Geheimabkommen eingegangen ist. Ihn macht stutzig, dass in späteren Dokumenten jegliche Spuren fehlen.

Der "NZZ"-Reporter Marcel Gyr schreibt in seinem Buch "Schweizer Terrorjahre" über ein Stillhalteabkommen, das der damalige Bundesrat Pierre Graber mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vereinbart haben soll. Als Quelle nennt Gyr unter anderen Ex-Nationalrat Jean Ziegler. Die PLO soll dank dem Geheimdeal auf Terroranschläge in der Schweiz verzichtet haben.

Historiker Zala hält aber die These, dass Graber damals in einem geheimen Alleingang mit der PLO eine Vereinbarung eingegangen sei, für "wenig plausibel". Das sagte der Kenner der Geschichte der Schweizer Diplomatie in einem Interview, das am Freitag im "Tages-Anzeiger" und "Bund" erschien.

"Keine Hinweise"

Solch konspirative Vorgänge würden immer Spuren hinterlassen. "Wenn eine Verwaltung das Vereinbarte umsetzen muss, gibt es stets Zeugnisse." Zum angeblichen Deal finden sich in den Akten aber laut Zala "keine Hinweise". Der Historiker zieht daraus das Fazit: "Entweder gab es keinen geheimen Deal, oder er entfaltete auf jeden Fall kaum eine Wirkung."

Für die Nicht-Aufklärung des Flugzeugattentats von Würenlingen sowie die Eröffnung eines PLO-Büros in Genf, beides sollen Folgen des Geheimabkommens sein, führt Zala andere Erklärungen an. Die Ermittlungen zum Bombenanschlag hätten Behörden im Nahen Osten torpediert, das PLO-Büro sei eine "Geste" im "diplomatischen Tagesgeschäft" gewesen.

Aufklärung eingeleitet

Die fehlenden schriftlichen Hinweise hatte auch alt Staatssekretär Franz Blankart kritisiert, der Grabers persönlicher Mitarbeiter war. Er verneinte, dass das Abkommen existierte. Carla Del Ponte, die einst zu Würenlingen ermittelte, sagte ebenfalls, sie habe keinen Entscheid der Schweizer Regierung gesehen.

Klarheit soll eine Arbeitsgruppe bringen, die der Bundesrat Ende Januar eingesetzt hatte. Diese soll die damaligen Vorkommnisse untersuchen. Eine Untersuchung verlangen auch die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) des Parlaments.